

SOMMER DER FREIHEIT

DENN SIE WISSEN,
WAS DU TUST.



FOTO: © BRIAN JACKSON

Selten in der Geschichte der Bundesrepublik, war die Freiheit des Einzelnen so in der Diskussion, wie jetzt im Moment. Die weltweiten Überwachungsprogramme PRISM und Tempora sind durch die spektakulären Enthüllungen des CIA Angestellten Edward Snowden allgegenwärtig.

Deshalb werfen wir in diesem Heft ein Licht auf die Frage, ob **Sicherheit** und **Freiheit** im Widerspruch zueinander stehen, wie es so oft von vielen anderen Parteien behauptet wird. Ebenfalls verdient die Rolle der deutschen Geheimdienste bei diesem Überwachungsskandal einen intensiven Blick.

Die Freiheit wird aber nicht nur durch die direkte Überwachung eingeschränkt, auch andere Aspekte der aktuellen Politik schränken diese immer mehr ein. Hydraulic fracturing, kurz **Fracking** ist die eine Methode, Erdgas und Erdöl in Gegenen zu fördern, in denen es sich bisher für die Firmen wirtschaftlich nicht gelohnt hat. Große Teile Deutschlands und speziell Schleswig-Holsteins sind hierbei begehrte Frackinggebiete. Dabei werden von Seiten der Politik die Gefahren für die Umwelt genauso zugunsten der wirtschaftlichen Interessen ignoriert, wie die Gefahren für die Anwohner. Die Selbstbestimmung und Freiheit der Einzelnen wird hier bewusst weniger „wertvoll“ erachtet, als die Interessen der Öl- und Gasförderfirmen.

Dass die Freiheit und die Interessen einzelner immer noch eine weit kleinere Lobby haben

als große, weltweit agierende Unternehmen, zeigen auch die aktuellen Geschehnisse in der **Landwirtschaft**. Patentiertes, genmanipuliertes Saatgut ist ebenso ein Problem, wie Ackerland, das zwar nicht bewirtschaftet aber als Anlageobjekt mittels „**Landgrabbing**“ von großen Firmen gekauft wird.

Freiheit braucht Wissen, wie Menschen Nahrung brauchen. Das bezieht sich auf alle Teile des Lebens. Was wissen wir aber über unsere Lebensmittel und warum werden wir nicht besser informiert? Das Thema **Verbraucherschutz** ist für die persönliche Freiheit wichtiger als oftmals gedacht wird.

Freiheit stärken!

So sehr wie die Freiheit eingeschränkt wird, muss sie wieder aktiv gestärkt werden. Dazu sind viele Schritte notwendig. Damit Abgeordnete die Interessen der Bürger und nicht der Firmen vertreten, ist es notwendig zu wissen, wer Einfluss auf sie ausübt. Gleichzeitig muss auch die indirekte Beeinflussung von Abgeordneten endlich strafbar gemacht werden. Die Erweiterung des Paragraphen 108e ist eine dringende Aufgabe in Deutschland, die lange von den anderen Parteien bewusst vernachlässigt wurde.

Das Internet ist der wichtigste Kanal zur Übertragung von Informationen. Ob Telefongespräche, Onlinenachrichten oder Youtube-Videos: damit auch in Zukunft Informationen, die Basis der Freiheit, noch objektiv und für jeden Menschen verfügbar sind, muss das Internet

als neutraler Raum bleiben. Die **Netzneuträlichkeit** ist daher ein elementares Thema für die Piratenpartei. Durch die Errungenschaften der modernen Kommunikation, speziell durch die Entwicklungen im Internet, verwischen immer mehr die Grenzen zwischen Urheber und Nutzer. Das **Urheberrecht** muss für die Herausforderungen der heutigen Zeit aktualisiert werden. Unter dem Schlagwort "**Teilen ist das neue Haben**" betrachten wir den Wandel in der Gesellschaft.

Damit wirklich alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, ist eine Neuorganisation der sozialen Absicherung nötig. **Das bedingungslose Grundeinkommen** ist ein Weg, die Menschen freier werden zu lassen und sie gleichzeitig abzusichern. Heute betrachten wir das **BGE** einmal durch die Augen eines Menschen, der diese Idee erst für absurd hielt.

Freiheit. Kaum etwas ist in einer Demokratie so wichtig. Kaum etwas ist für die Piratenpartei so essentiell. Doch wird die Freiheit gerade jetzt massiv beschnitten. Deshalb war es für uns **PIRATEN** selbstverständlich, diesen Sommer dem Thema Freiheit zu widmen.

Denn diesen Sommer, am 22. September 2013, haben Sie die Chance, Ihre Freiheit zu stärken und gegen die Einschränkung zu stimmen. Stimmen Sie für Ihre Freiheit, stimmen Sie für die PIRATEN!

Marcel Louwers





Die Achtung des Lebens jeglicher Art ist Grundprinzip der PIRATEN. Wir setzen uns für einen schonenden Umgang mit der Umwelt und den Erhalt der Natur ein. Wir sind uns dabei bewusst, dass dies oftmals im Gegensatz zu wirtschaftlichen Interessen steht.

Es gilt, einen angemessenen Ausgleich zwischen dem ökonomischen Interesse und dem ökologischen Anspruch zu schaffen, wobei letzterer im Zweifelsfall den Ausschlag gibt.

Dieser Fall ist bei der Anwendung des Hydraulic Fracturing (kurz: Fracking) zur Förderung von "unkonventionellem" fossilem Erdgas und Erdöl, sowie bei der Verpressung umweltschädigender Substanzen in den Untergrund, gegeben.

Derartige Verfahren bergen ein erhebliches Umweltrisiko und widersprechen der beschlossenen Energiewende. Fracking wird dem ökologischen Anspruch für Mensch, Tier und Umwelt nicht gerecht und ist daher zu verbieten.

Wir Menschen sollten uns unserer Verantwortung für diesen Planeten und nachfolgende Generationen bewusst sein! Es darf nicht mehr weiter um Gewinnmaximierung durch höhere Ausbeuten oder Mehrverbrauch gehen. Wir brauchen Konzepte zum Überleben, und das nicht nur für einige wenige Wohlsituierthe. Viele dieser Ideen existieren bereits, nur werden sie von unserer Regierung nicht gestützt, da sie der Industrie nicht profitabel genug erscheinen. „Wer schweigt stimmt zu“ – Daher, macht

vom Wahlrecht Gebrauch! Erkundigt euch sachlich über Parteien, die ihr bisher noch nicht wirklich auf dem Zettel habt. Denn fest steht, dass die Etablierten ihre Möglichkeiten nicht genutzt haben, und sie werden es auch in Zukunft nicht tun!

WAS IST FRACKING?

Hydraulic-Fracking ist eine besondere Methode der Erdgas- und Ölförderung. Diese Methode wurde ursprünglich eingesetzt, um die Ausbeuten im Anschluss an die normale Förderung zu erhöhen. Heute gilt das Bestreben, weltweit neue Rohstoffquellen mittels Fracking zu generieren, um ein Versiegen der Quellen zeitlich hinauszögern.

Beim Fracking werden Gesteinsschichten aufgebrochen, um das vorhandene Gas und Öl mit Hochdruck heraus zu pressen. Dafür werden Bohrungen mehrere Kilometer in die Tiefe und von dort waagerecht in verschiedene Richtungen getrieben. Nach dieser Methode ist von einer Bohrstelle aus die Fläche von bis zu 10 km² zu bewirtschaften.

Zur Förderung wird in jedem Fracking-Durchgang ein Fracfluid, bestehend aus einem Gemisch aus Wasser, hochfeinem Quarzsand und zum Teil hochgiftiger und wassergefährdender Chemikalien, in das Erdreich gepresst. Durch den hohen Druck von über 1.000 bar werden die Gesteinsschichten aufgesprengt. Der eingesetzte Feinsand dient dazu, die künstlich erzeugten Risse im Gestein offen zu halten. Nicht

unerheblich ist dabei der Verbrauch von vielen Millionen Litern Trinkwasser.

Während der Förderung kommen ein Teil des eingebrachten Fracfluids sowie darin gelöste giftige Verbindungen aus dem Boden mit an die Oberfläche. Das sind insbesondere Verbindungen von Quecksilber, Arsen und anderen Schwermetallen, radioaktive Stoffe und krebserzeugende Stoffe wie Benzol.

Dieses Flowback wird aufgetrennt in Öl, Gas und Lagerstättenwasser. Das Lagerstättenwasser wird notdürftig gefiltert, um an anderer Stelle - immer noch hochgiftig und radioaktiv - in so genannten Versenkbohrungen wieder in den Untergrund geleitet zu werden. Der Weitertransport erfolgt über LKW oder Pipelines. Immer wieder ist es in der Vergangenheit zu Leckagen der provisorisch verlegten Transportleitungen gekommen.

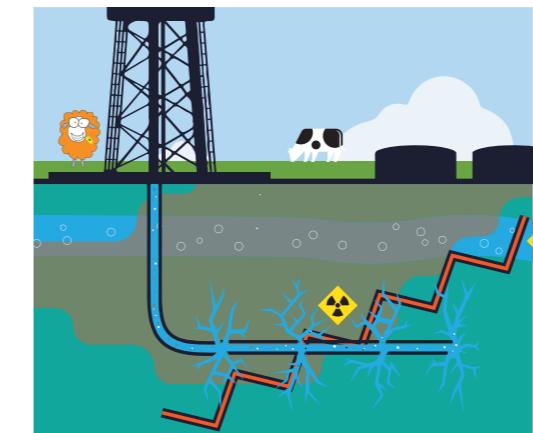
Um die 30 "Fracks" in den Jahren zwischen 1955 und 1994 sind in Schleswig-Holstein bekannt geworden. Diese waren jedoch zumeist nur vertikal und damit räumlich stark begrenzt. Was jetzt im blinden Run der Konzerne mit dieser Fördermethode gemacht werden soll lässt die bisherigen Fracks wie Peanuts aussehen.

Es ist nicht nur ein kleines Gebiet zwischen Kiel und Plön: Inzwischen geht es um 19 großflächige Areale, deren Gesamtfläche die Hälfte der Fläche Schleswig-Holsteins beträgt. Nicht



GEFAHREN DURCH FRACKING

- Die Versalzung von Wasseradern, da durch den enorm hohen Druck aus dem Untergrund Solevorkommen in Grundwasserbereiche verpresst werden können. Hierin liegt ein enorm hohes Gefahrenpotenzial für Schleswig-Holstein. Denn durch die natürliche geologische Lage zwischen Nord- und Ostsee muss man gerade in diesen Bereichen mit enorm hohen Solekonzentrationen rechnen. Aus dem Gebiet Rosenkranz ist bereits von gesättigten Solevorkommen berichtet worden. Werden diese versehentlich in Wasseradern verpresst, wird das Wasser für Generationen unbrauchbar.
- Eine Gefährdung für das Grundwasser durch das Einbringen giftiger Chemikalien. Hierbei handelt es sich um das geringste Gefährdungspotential, denn beim Hydraulic-Fracking-Verfahren ist das der einzige Arbeitsschritt, den wir tatsächlich beeinflussen können. Die Industrie forscht bereits an milderen Fluids. Viel gefährlicher aber ist das, was durch den Frackvorgang an Lagerstättenwasser und unbekannten Chemikalien wie z.B. Quecksilber sowie Radioaktivität aus dem Untergrund aktiviert wird. Aus dieser Sicht zeigt sich, wie
- Das unkontrollierte Ausströmen von Methangas, welches als Klimakiller bekannt ist. Methan ist 14x klimaschädlicher als CO2!
- Auftretende Undichtigkeiten führen zu direkter Verunreinigung von Boden und Wasseradern durch Chemikalien und Vergasung.
- Schließung von Trinkwasserbrunnen durch Grundwasserabsenkungen oder Verunreinigung.
- Pro Bohrloch werden mehrere Millionen Liter von kostbarem Trinkwasser verbraucht. Luftbelastung durch Abfackeln von giftigen Nebenprodukten.
- Unsachgemäße Handhabung von Betriebsstoffen oder Abwässern/Abfällen.
- Straßenschäden, permanente Feinstaubbelastung und Lärmbelästigung durch Schwerlastverkehr.
- Undichtigkeiten durch starke Alterung des Zements, mit dem stillgelegte Bohrungen ausgekleidet werden.



Aufgrund der Vielzahl der Gefahren, ist Fracking eine „Hochrisiko-Technologie“. In der Theorie versprechen uns die Firmen eine saubere Ausbeute. Doch in der Praxis sieht das derzeit alles andere als zuverlässig aus.

EINE EFFIZIENTE AUSBEUTE

Für eine effiziente Ausbeutung der hiesigen Erdgas- und Erdölvorkommen mittels Fracking sind sehr viele Bohrstellen in den Gebieten notwendig. Während man in den ersten Erprobungsjahren in den USA die Bohrtechnik der „Abgeknickten-Bohrung“ noch nicht ausreichend beherrschte, entstanden tausende von Bohrfeldern auf engstem Raum.

Neueren Berichten zufolge soll es inzwischen möglich sein, aus einer Bohrplattform ein Areal von ca. 10km² zu erschließen. Das würde uns in Schleswig-Holstein immerhin für jede Ortschaft in der Fläche mindestens einen Bohrturm garantieren.

WOLLEN WIR FRACKING VERHINDERN, MUSS DAS BERGRECHT GEÄNDERT WERDEN!

Das Bundesberggesetz (BBG) ist ein Relikt aus undemokratischen Zeiten. Der Grundgedanke dieses Gesetzes ist der direkte Zugriff auf Ressourcen im Falle einer Krisensituation. Der nachhaltige Schutz der Umwelt und ein fairer Ausgleich für Geschädigte durch die verantwortlichen Unternehmen ist nicht Schwerpunkt in dieser Gesetzgebung. Eine Bürgerbeteiligung oder ein Widerspruchsvorverfahren sind schlichtweg nicht vorgesehen. Das BBG ist

so gestaltet, dass bei einer Anfrage auf Aufsuchung, die Erlaubnis erteilt werden muss. Eine Erlaubnis auf Aufsuchung beinhaltet aber noch keine Erlaubnis auf Ausbeutung der Bodenschätze. Es ist lediglich die Absicherung der aufsuchenden Firma, dort ihr Gebiet abzustecken. Eine Erlaubnis auf Bewilligung zur Ausbeutung, muss erneut beantragt werden. Dadurch ergibt sich ein gestaffeltes Genehmigungsverfahren.

Dennoch ist es strittig, ob und wie Fracking derzeit im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten unterbunden werden kann. Erschwert wird es Investitionsschutzabkommen und andere Gesetze, wie zum Beispiel das Wasseraufwaltungsgesetz und Verwaltungsgesetze, die nicht schlüssig ineinander greifen. In diesem Flickwerk der Gesetzgebung ist ein Raum entstanden, der uns nun kräftig auf die Füße fällt. Die einzige Möglichkeit, um so ein Szenario auch für die Zukunft zu verhindern, ist die vollständige Neugestaltung des Gesetzes. Anträge verschiedener Parteien in den vergangenen Monaten sind jedoch immer wieder am Votum in Berlin gescheitert.

WIR STEHEN FÜR

- ein Verbot von Fracking
- den Schutz des Wassers als vorrangigem Recht, auch außerhalb von Wasserschutzgebieten
- einen Stoppt der Entsorgung von kontaminiertem Wasser in den Untergrund
- ein Bundesumweltgesetzbuch, das das veraltete Bergrecht ersetzt.
- eine umfassende dreidimensionale Raumordnungsplanung
- eine direkte Bürgerbeteiligung und Mitbestimmung in allen Phasen der Planung
- unmittelbare und aktive Information der betroffenen Menschen an ihrem Wohnort über Bergbau-Vorhaben
- eine ausreichende finanzielle Absicherung im Schadensfall. (die Beweislast bei Schadensfällen muss vollständig beim Betreiber liegen, nicht beim betroffenen Bürger)

INFORMATIONEN IM NETZ

- Infoseite der Piratenpartei im Aufbau:
- www.stoppt-fracking.de
- NGG - Fracking verbieten:
- <http://pir.at/195u>
- Allianz der Wasserwirtschaft:
- <http://pir.at/195v>



LANDGRABBING DAS GELD LIEGT AUF DEM ACKER

VON BIRGITT PIEGRAS

Ernte im Sommer 2010

FOTO: MICHAEL SANDER / CC-BY-SA-3.0 & TATJANA BALZER - FOTOLIA.COM

Politik wird heute von den sogenannten etablierten Parteien nur noch mit Scheuklappen und lobbygefärster Brille gemacht. Lebensmittel- und Futtermittelskandale werden fast täglich aufgedeckt, auch sie sind Folge einer solchen Politik. Es ist höchste Zeit, sich den mit der Landwirtschaft zusammenhängenden Problemen bewusst zu werden und sie schnellstmöglich zu lösen.

WORÜBER WIR REDEN

Grundlage der Landwirtschaft ist der Boden, in dem alles wächst. Dieser Boden wird gerade von wenigen Konzernen und außerlandwirtschaftlichen Investoren aufgekauft, die nur Interesse an hohen Renditen und sicheren Spekulationsobjekten haben. Nicht bedacht wird dabei, dass wir solche Besitzverhältnisse schon einmal hatten, als nur wenige Lehnssherren im Besitz der Ländereien waren.

WAS INVESTOREN WOLLEN

Angebaut wird nicht, was wir brauchen um den Hunger in der Welt zu bekämpfen. Angebaut wird, was die höchsten Margen erzielt. Bei der Wahl der Methode ist man dabei nicht zimperlich. Pflanzen werden via Gentechnik oder Zuchtvfahren resistent gegen Pflanzenschutzmittel gemacht, damit man mehr Gift einsetzen kann und damit weniger Ernteverluste hat. Nicht bedacht wird dabei, welche Schäden den Gewässern zugefügt werden. Nicht bedacht wird dabei, welche Resistenzen dabei entstehen. Es werden riesige Monokulturen angelegt, damit die Branche wächst. Nicht bedacht wird dabei, dass Bienen und andere bestäubende Insekten dadurch immer weniger Nahrung finden. Nicht bedacht

wird dabei, dass Monokulturen unsere Böden auslaugen und dem Tourismus schaden.

DIE KONZERNE BESTIMMEN

Saatgut wird zertifiziert, reglementiert, patentierte und muss hohe Hürden bei der Zulassung überwinden. Nicht bedacht wird dabei, dass alte tradierte Sorten dabei für immer verloren gehen können.

Es werden Handelsabkommen geschlossen, die es großen Konzernen möglich machen, stetig zu wachsen. Nicht bedacht wird dabei, dass dadurch Produkte in den Handel gelangen, die der Verbraucher eigentlich gar nicht will. Landwirtschaft wird immer stärker industrialisiert. Nicht bedacht wird dabei, dass dörfliche Strukturen zerstört werden, ländliche Schulen schließen müssen und die Infrastruktur leidet.

UND DIE PIRATEN?

■ Wir PIRATEN bedenken alle Aspekte in der Landwirtschaftspolitik. Darum arbeiten Landwirte, Verbraucher, Tierschützer, Naturschützer, Forscher und andere Menschen gemeinsam daran. Wir wollen die Landwirtschaft nicht weiter industrialisieren.

■ Wir wollen den Leistungsdruck und den Wachstumswahn zugunsten guter Qualität im Sinne des Verbraucherwillens beenden.

■ Wir wollen eine ökologisch sinnvolle und nachhaltige Tierhaltung. Die Erzeugung von Futter und die umweltschonende Verwertung der Exkreme muss im Einklang mit der verfügbaren Fläche stehen, um die Nährstoffkreisläufe zu schließen.

■ Wir wollen, dass Landwirte nicht abhängig von wenigen Konzernen sind.

■ Wir wollen, dass künftig keine öffentlichen Gelder in Form von Agrarsubventionen ohne Gegenleistung in den Bereichen Klima-, Umwelt-, Natur- sowie Tier- und Artenschutz vergeben werden. Agrarsubventionen sollen ab einer zu bestimmenden Auszahlungshöhe einzeln betrieblich gekappt werden, damit Megaställe nicht automatisch die höchsten Zahlungen erhalten.

■ Wir lehnen Landgrabbing ab



Gift im Kühlschrank?

FOTO: CHRISTIAN SCHWIER - FOTOLIA.COM

VERBRAUCHERSCHUTZ WEISST DU EIGENTLICH, WAS DU ISST?

VON KATHRIN JASPER

DIE ERGEBNISSE VON LEBENSMITTELKONTROLLEN SIND NICHT ÖFFENTLICH

Jahr für Jahr werden viele Betriebe kontrolliert, die mit der Herstellung oder der Verarbeitung von Lebensmitteln zu tun haben. Dabei kommt es zu hohen Beanstandungsquoten.

Die Ergebnisse dieser Kontrollen können allerdings nicht öffentlich eingesehen werden und haben deshalb keine ausreichende Abschreckungswirkung.

Wir Verbraucher sind gegenüber Herstellern und Anbietern von Lebensmitteln stark benachteiligt. Wir werden unzureichend und häufig bewusst falsch informiert.

IRREFÜHRENDE PRODUKTBEZEICHNUNGEN ODER: WER LESEN KANN IST KLAR IM VORTEIL?

Die Etiketten vieler Lebensmittel versprechen uns auf der Vorderseite das Blaue vom Himmel. Das Kleingedruckte auf der Rückseite entpuppt sich dann oftmals als Auflistung von künstlichen Aromen, Farbstoffen und Zusatzstoffen, deren Namen wir weder lesen noch aussprechen können. Anstelle von vollmundig versprochenen hochwertigen Zutaten werden uns billige Ersatzprodukte verkauft. Anstelle von Milch aus dem Allgäu wird uns Milch serviert, die im Allgäu lediglich abgefüllt wurde. Und anstelle gesunder Zwischenmahlzeiten für Kinder verkauft man uns fettige und zuckerhaltige Kalorienbomben. Schon die Nahrung für Säuglinge und Kleinkinder wird mit Unmengen Zucker angereichert, um die Kinder von Anfang an auf den süßen Geschmack zu prägen. Dadurch bedingt, steigt die Anzahl vor

allem der jungen Diabetiker so erschreckend an, dass die gesetzlichen Krankenversicherer bereits vor einem volkswirtschaftlichen Schaden warnen.

NUR EIN INFORMIERTER BÜRGER IST EIN MÜNDIGER KUNDE

Verbraucherschutzorganisationen wie Foodwatch haben es sich zum Ziel gesetzt, den Verbraucher über Schwundelien der Lebensmittelindustrie zu informieren. Seit 2010 hat Foodwatch schon so manche Veränderung erzwungen: www.foodwatch.org/de/

Auch die Verbraucherzentralen haben ein Informationsportal eröffnet: www.lebensmittelklarheit.de

Seit 2011 gibt es zudem ein Portal für Verbraucher, das vom Umwelt- und Verbraucherschutzministerium ins Leben gerufen wurde: www.lebensmittelwarnung.de

Dies erfreut sich großer Beliebtheit, doch das hat Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner bisher nicht dazu bewogen, daraus politische Konsequenzen zu ziehen.

UND DIE PIRATEN?

Im Verhältnis zwischen Hersteller, Vertreiber und Verbraucher ist letzterer in der Regel unterlegen. Wir Piraten wollen dieses Ungleichgewicht sinnvoll ausgleichen.

Mängel bei Lebensmittelkontrollen müssen öffentlich nachvollziehbar sein, um durch Transparenz eine abschreckende Wirkung zu erreichen. So wird zudem Druck auf die Abnehmer ausgeübt, ihre Lieferanten sorgfältiger auszuwählen.

Verbraucherzentralen spielen eine wichtige Rolle in der Beratung von Konsumenten und beim Schutz von Verbraucherinteressen. Die Piratenpartei unterstützt insbesondere die Verbraucherzentralen in ihrer Ablehnung des „gläsernen Konsumenten“ und bei der Verteidigung der Datenschutzinteressen der Bürger. Wir wollen einen Verbraucherschutz, der das Recht auf umfassende Information zur Durchsetzung von Verbraucherinteressen verbindet. Ferner setzt sich die Piratenpartei dafür ein, mehr Transparenz bei Herstellung und Handel von Lebensmitteln zu schaffen sowie das Verbandsklagerecht für anerkannte Verbände auf den Bereich des Verbraucher- und Tierschutzes zu erweitern, um die Konsumenten besser zu informieren und ihre Rechtsposition gegenüber Produzenten und Handel zu stärken.

Des Weiteren unterstützt die Piratenpartei Landwirtschaftsgemeinschaftshöfe, zum Beispiel Projekte wie die CSA-Bewegung (Community Supported Agriculture) und deren französisches Pendant AMAP (Verbrauchervereinigung für die Beibehaltung der bäuerlichen Landwirtschaft).



"Wo die Wände Ohren haben, hat die Freiheit Beine."

Eine der wichtigsten Aufgaben eines Staates ist es, für die Sicherheit seiner Bürger zu sorgen. Dabei muss er ihnen gleichzeitig so viele Freiheiten zugestehen, dass jeder sein Leben so gestalten kann, wie er möchte. Freiheit ist immer auch mit Risiken verbunden und Sicherheit schränkt Freiheit auch immer ein. In Demokratien ergänzen Sicherheit und Freiheit einander, weisen sich aber auch in die Schranken. Wenn in einem Staat allerdings die Freiheit durch übertriebene Sicherheitsforderungen eingeschränkt wird, ist nichts gewonnen. Entscheidend ist also die Verhältnismäßigkeit.

In Deutschland war das Thema zuletzt aktuell, als es um die Vorratsdatenspeicherung ging. Dabei sollten zur Terror- und Kriminalitätsabwehr die Verbindungsdaten von Telefon, E-Mail und anderen Kommunikationsdiensten für mindestens sechs Monate gespeichert werden. Von jedem Bürger und ohne konkreten Anlass. Das Gesetz war heftig umstritten und wurde schließlich vom Bundesverfassungsgericht gekippt. Da CDU/CSU und SPD die Vorratsdatenspeicherung jedoch nach wie vor wollen, steht nun eine kaum geänderte Variante ins Haus. Die CDU verkauft sie in ihrem aktuellen Wahlprogramm unter dem Namen „Mindestspeicherfrist“.

DER BLICK ÜBER DIE SCHULTER

Doch was wäre, wenn ab sofort jedes Telefonat, jede E-Mail und jeder Chat ohne Verdacht überprüft würde? Könnte man so Verbrechen und Terror verhindern? Mit Sicherheit nicht, denn wer nicht entdeckt werden will, findet immer einen Weg, sei es durch starke Ver-

schlüsselung oder persönliche Gespräche. Und die Leidtragenden sind ausgerechnet unschuldige Bürger, denen fortan der Staat bei allem, was sie tun, über die Schultern blickt. PRISM, TEMPORA und XKeyScore, die Überwachungsprogramme der amerikanischen und britischen Regierungen, tun exakt das: Sie blicken den Bürgern bei allem, was diese tun, über die Schulter.

Sie speichern nicht nur Verbindungsdaten, sondern schlicht und einfach alles. Jeder, der bei Facebook schon mal eine Freundschaftsanfrage von den Eltern, vom Lehrer oder vom Chef bekommen hat, kennt das Gefühl, überwacht zu werden. Ein Überwachungsstaat macht nichts anderes. Nur dass man diese „Freundschaftsanfrage“ nicht ablehnen kann.

ANGST BESCHNEIDET MEINUNGSFREIHEIT

Es folgt die Schere im Kopf: Man beginnt, alles für sich zu behalten, was kontrovers sein könnte. Man verzichtet auf Handlungen, weil sie Probleme bereiten könnten – auch wenn man davon ausgeht, dass sie völlig legal sind. Kritische Diskussionen und Meinungsäußerungen werden aus Angst vermieden. Die Beschneidung der Meinungsfreiheit beginnt durch gefühlten Druck von selbst.

Die Befürworter der Überwachung sagen, dass, wer nichts zu verbergen hat, auch nichts zu befürchten habe. Das ist falsch. Jeder von uns hat etwas zu verbergen: beispielsweise Alter, Krankheiten, Gehalt, sexuelle Vorlieben, Religion, wo man wann gewesen ist und wen man getroffen hat, Fotos, persönliche Gespräche, Gedanken und vieles mehr. Es geht es um

das Verhältnis zwischen Staat und Bürgern. Der Satz „Wer nichts zu verbergen hat, hat auch nichts zu befürchten“ sagt aus: Wer etwas zu verbergen hat, ist automatisch verdächtig.

Zudem wälzt die Aussage „hat auch nichts zu befürchten“ die Verantwortung auf den Bürger ab. Dabei ist es möglich, dass ein Staat Gesetze verschärft oder dass sich eine Demokratie zu einem autoritären System wandelt. Die Aussage „hat auch nichts zu befürchten“ geht davon aus, dass der Staat immer Recht hat.

(FEHL)INTERPRETATION

Gerne wird ignoriert, dass Überwachung für den Einzelnen sehr unangenehm sein kann:

■ Andrej Holm, ein wissenschaftlicher Mitarbeiter der Humboldt-Universität in Berlin, geriet ins Visier der Behörden, weil er im Internet die in seinem Fachbereich durchaus gängigen Wörter „Gentrifizierung“ und „Prekarisierung“ benutze, welche eine militante Gruppe auch in ihren Bekennerschreiben verwendete.

Daraufhin wurden er und seine Familie monatelang umfassend überwacht. Schließlich wurde er überfallartig aus seinem Schlafzimmer heraus verhaftet und verbrachte drei Wochen in Untersuchungshaft. Obwohl er unschuldig war, überwachte die Polizei ihn noch monatelang weiter.

■ Ursula Gresser, Ärztin und CSU-Politikerin, bekam Besuch von Zivilpolizisten. Sie hatte über Twitter zur Teilnahme an einer Veranstaltung zum Fall Gustl Mollaths, der sieben Jahre möglicherweise ungerechtfertigt in der Psychiatrie einsaß, aufgerufen.

Der Name James Robinson steht auf der Terrorliste der Vereinigten Staaten. Es gibt allerdings, wie meistens, mehrere Leute mit diesem Namen. Unter anderem einen Piloten, einen Anwalt und einen achtjährigen Jungen. Alle drei werden regelmäßig abgewiesen, wenn sie Flüge buchen wollen.

Doch was nützen Terroristen, wenn sie die falschen Leute in den Fokus der Behörden rücken? Wie zuverlässig ist die Interpretation der gesammelten Daten überhaupt? In naher Zukunft wird es Technologien geben, deren (Un)fähigkeiten für die meisten Menschen heute nicht abschätzbar sind und es nie sein werden. Alles, was man sagt oder tut, wird technisch immer perfekter katalogisiert, indiziert und verknüpft werden können. Das ist schlimm genug. Der Gedanke, die Auswertung Maschinen zu überlassen, gruselt noch mehr.

netzte Überwachungssysteme an allen Flughäfen und Grenzen jeden Schritt der Menschen aufgezeichnet hätten.

Derzeit sieht es glücklicherweise nicht danach aus, dass es in Deutschland und Europa jemals wieder zu solch drastischen Folgen von Datensammlungen kommen wird. Dennoch kann der Missbrauch von persönlichen Daten sehr unangenehme Auswirkungen haben: Gesellschaftliche Ächtung, Bloßstellung, Mobbing, finanzielle Einbußen oder sogar den Verlust des Arbeitsplatzes. Doch nicht nur die erkennbaren Konsequenzen sind ein Problem. Die Folgen der Datensammlungen durch Staat und Unternehmen sind uns, angesichts der sich extrem schnell entwickelnden technischen Möglichkeiten, noch nicht ansatzweise klar.

1984 WAR NICHT ALS ANLEITUNG GEDACHT

Rufen wir uns in Erinnerung: Die Sicherheit der Bürger ist eine der staatstragenden Aufgaben. Gleichzeitig muss ein Rechtsstaat aber Freiheiten einräumen, und Kontrollmaßnahmen dürfen nicht zu Lasten der Bürger gehen.

In seinem Buch „1984“, das nach dem zweiten Weltkrieg erschien, beschrieb George Orwell einen Staat, der seine Bürger durch absolute Überwachung zu gesetzeskonformem Handeln zwingt, Sprache kontrolliert, Sexualität unterdrückt und Kriege inszeniert, um wiederum mehr Überwachung zu rechtfertigen. Vieles aus Orwells Fiktion ist heute schon Realität.

Die Spähprogramme PRISM, TEMPORA und XKeyScore überwachen alles, was man im Netz tut. Durch Smartphones lässt sich jederzeit herausfinden, wo man sich aufhält. Videokameras überwachen den öffentlichen Raum und identifizieren automatisch Kennzeichen, Gesichter oder verdächtige Verhaltensweisen. Kriegsberichterstattungen werden manipuliert und dadurch die öffentliche Meinung gelenkt – wie bei den angeblichen Massenvernichtungswaffen im Irak.

Hinzu kommt, dass auch private Dinge ausgespioniert werden: Dazu gehören politische Ansichten, sexuelle Orientierung und Neigungen, vermeintlich moralisches Fehlverhalten, Krankheiten, finanzielle Verhältnisse und vieles mehr.

FREIHEIT SCHÜTZT MAN NICHT, INDEM MAN SIE ABSCHAFFT!

Vielleicht war es ursprünglich die Idee, Menschen zu schützen, doch ist aus dem Sicherheitsbedürfnis ein Konstrukt geworden, das viel mehr Schaden anrichtet, als es nützt. Die Verhältnismäßigkeit ist längst verloren gegangen. Anlasslose Überwachung aller Menschen kostet den Steuerzahler nicht nur viel Geld, sondern sie kostet uns auch unsere Freiheit. Sie führt zu Selbstzensur und Paranoia. Wollen wir in einer Welt leben, in der Sicherheit und Freiheit gleichberechtigt sind? Oder in einem Überwachungsstaat, in dem man vom Sicherheitswahn erdrückt wird und der Wunsch nach

Freiheit selbst schon als verdächtig gilt?

DIE BEMERKUNG AM RAND



VON TORSTEN KRAHN

PRESSESPRECHER IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

»Der Skandal im Skandal«

Wir werden von unseren „Freunden“ Amerika, Großbritannien, Kanada, Australien und Neuseeland überwacht. Unser Geheimdienst arbeitet daran mit. Der Whistleblower Edward Snowden, der die massiven Grundrechteverletzungen an die Öffentlichkeit brachte, wird als Krimineller verfolgt und muss in den USA mit einer langen Gefängnisstrafe rechnen. Immerhin hat man nun zugesichert, dass er nicht gefoltert würde.

Das alles ist schlimm. Doch etwas geht in der Berichterstattung unter: Die Rolle der deutschen Politik. Da werfen Oppositionspolitiker der aktuellen Bundesregierung vor, sie hätte entweder den Geheimdienst nicht im Griff oder würde die Spionage stillschweigend dulden. Das ist zwar richtig, doch ignorieren sie, dass die vorherigen Regierungen genauso gehandelt haben. SPD und Grüne stecken mit drin, nicht nur CDU, CSU und FDP.

Das wissen unsere Volksvertreter natürlich. Doch sie setzen im Wahlkampf darauf, dass sich der Durchschnittsdeutsche nur oberflächlich informiert und die schwungvollen Anklagen, die er irgendwo am Rande mitbekommt, positiv aufnimmt. Kurz gesagt: Sie erklären die Bürger für dumm. Die Schamlosigkeit hinter diesen Aussagen, ist genauso verwerflich, wie die Versuche der Bundeskanzlerin, ihre Partei aller belegten Vorwürfe zum Trotz als Datenschutzpartei darzustellen, während sie überzeugend in die Kamera lächelt.

Das ist der Skandal im Skandal. Er besteht aus Schamlosigkeit, Verlogenheit, Intransparenz und Verschleierung. Genau das Gegenteil von dem, was die Piraten unter „anderer Politik“ verstehen. Genau die Mechanismen, die für immer geringere Wahlbeteiligung sorgen. Dazu kommt, dass viele Politiker bereit sind, für vermeintliche Sicherheit unsere Grundrechte aufzugeben. Und wenn man es im eigenen Land (noch) nicht darf, lässt man es einfach andere machen.

WHAT THE F**K IST NETZNEUTRALITÄT? UND WARUM IST MEIN STREAM SO LAHM?

Text von Katharina Nocun, Politische Geschäftsführerin der Piratenpartei Deutschland

Stell dir vor, wir schreiben das Jahr 2020, und du willst dir ein Video im Netz anschauen. Pech nur, dass es Ende des Monats ist. Das Datenvolumen ist aufgebraucht. Das Schreckgespenst Datenvolumen-Ende soll nun auch für dein Festnetz verfügbar sein. Wenn das Datenvolumen ausgeschöpft ist, will die Deutsche Telekom schon bald nur noch zwei Megabit pro Sekunde durch die Leitungen lassen. Aber das ist nicht das einzige „Feature“ der neuen Tarife.

INTERNET SATT NUR FÜR LEUTE MIT GELD

Internet satt nur für Leute mit Geld, das gab es schon einmal. Im Jahr 2000 haben wir mal eine Telefonrechnung zugestellt bekommen, die weit über 1000 DM lag. Damals wurde Internet noch wie Telefon abgerechnet und war extrem teuer. Flatrates gab es nicht. Und wer viel im Netz unterwegs war, musste dement sprechend blechen. Mit den Flatrates wurde das anders! Die Deutsche Telekom und andere Anbieter haben sich jetzt überlegt, dass das mit dem gleichen Preis für alle doch keine gute Geschäftsidee für sie ist. Sie wollen jetzt lieber unterschiedliche Tarife mit Datenvolumen statt echten Flatrates anbieten. Der Geldbeutel entscheidet also, ob wir uns ein Internet S, M, L, XL oder XXL leisten können. Momentan haben wir übrigens fast alle XXL des Möglichen. Wie früher müssen wir dann in Zukunft genau darauf achten, wie viel wir in den letzten Tagen bereits heruntergeladen haben. Sonst heißt es am Monatsende bei der letzten Folge der Lieblingsserie: Pech gehabt, das Datenvolumen ist schon alle. Aber das ist noch nicht alles, schließlich gibt es ja noch die Zusatzfea-

tures, die nach und nach eingeführt werden. Und die sind der eigentliche Knackpunkt bei der Netzneutralität. Um zu verstehen, worum es bei den Features geht, muss man sich für einen Moment das Internet als ein riesiges Netz aus Wegen vorstellen. Die Daten, die wir austauschen, werden auch Pakete genannt. Um ein Paket von A nach B zu bringen, braucht es einen Post- oder Paketboten. Das sind im Netz unsere Internetanbieter: Telekom, O2, Vodafone, Telefonica und wie sie alle heißen. Bei der Post gibt es ja zum Glück das Briefgeheimnis. Das bedeutet: Der Postbote darf nicht einfach unseren Brief aufmachen und lesen. Er darf auch nicht einfach selbst darüber entscheiden, welcher Brief oder welches Paket wie schnell transportiert wird.

Ohne Netzneutralität passiert aber im Netz genau das: Der digitale Postbote macht unser Paket auf und schaut erst mal was drin ist und macht davon abhängig, ob und wenn ja, wie schnell er das mit dem Liefern macht. Viele Internetanbieter haben in ihren Verträgen tolle neue Zusatzfeatures. Bestimmte Dienste sollen nicht vom Datenvolumen betroffen sein – dort kann man störungsfrei weitersurfen. Die Telekom bietet ein spezielles Angebot zusammen mit dem Musikdienst Spotify an. Hört sich ja erst einmal total nett an, ist es aber nicht. Denn viele Internetanbieter wie die Telekom bieten neben Internetverträgen selbst Dienst im Netz an. Bei der Telekom kann man mit „Entertain“ ein Abo für Digitalfernsehen kaufen.

Viele schließen Verträge mit großen anderen Internet Dienstanbietern. Und die sollen natürlich bevorzugt behandelt werden. Die Telekom will ihre Flatrates – so wie wir sie kennen –

abschaffen. Zeitgleich baut sie ihre Sonderkonditionen mit großen Partnern und eigenen Diensten aus. Ein Telekom-Sprecher forderte erst kürzlich, Anbieter wie Google sollten doch bitte Geld an die Telekom für die Durchleitung ihres Datenverkehrs zahlen. Da weiß man, wo hin die Reise geht.

„DATENPAKETE SIND WIE EINE ZWIEBEL MIT VIELEN SCHICHTEN EINGEPACKT.“

Man muss sich auch fragen, wie der Anbieter zwischen Paketen an den einen Dienst und den anderen Dienst unterscheiden will. Datenpakete sind wie eine Zwiebel in vielen Schichten eingepackt. Ganz im Paket-Innen ist bei einer E-Mail beispielsweise der Text. Außen sind die Paketschichten, die beispielsweise sagen „Hallo Rechner, um mich lesen zu können, musst du folgendes Programm benutzen“ oder „Moin, ich bin ein Paket von Katta an Pia“. Was macht der Anbieter also? Er macht das Päckchen auf und schaut bis zu der Paket-Schicht, die sagt: „Ich bin von deinem Tochterunternehmen, wir gehören doch zur Familie“, oder: „Ich habe dir diesen Monat Geld dafür gezahlt, dass du mich hier durchlässt“.

Dein Anbieter kontrolliert also, von wem du Pakete bekommst und an wen du welche schickst, bevor er sich entscheidet, sich auf den Weg damit zu machen. Und er führt eine Art Wegzoll oder Maut ein. Ohne eine gesetzliche Netzneutralität ist das total legal. Es ist auch legal, sich von einzelnen Diensten Geld dafür zu zahlen, dass man die Inhalte an die Kunden bevorzugt weiterleitet. Erst recht legal ist es, die eigenen Dienste von Tochterunternehmen bevorzugt durchzustellen. Das

verschafft ihnen einen unfairen Vorsprung gegenüber der Konkurrenz. Und wenn ein Anbieter damit anfängt, werden andere nachziehen, da bin ich mir sehr sicher. Ergebnis: Wer Kohle hat, hat Reichweite im Netz und alle anderen haben dann Pech gehabt.

In anderen Ländern ist diese Entwicklung bereits weiter fortgeschritten. Schließlich gibt es so viele Dienste, die schlecht fürs Geschäft sind. Es gibt aber auch hier bereits Telefonanbieter, die gezielt Skype oder andere Dienste blocken oder verlangsamen, damit ihre Kunden wieder mehr telefonieren. Es gibt Telefonverträge mit Aufpreis für die Nutzung von WhatsApp, damit die Leute noch SMS schreiben. Und es gibt bereits Internetanbieter, die bei Peer-to-Peer Verbindungen – also Filesharing – gezielt die Verbindung verlangsamen. Und es gibt Dienste, bei denen man selbst ohne Guthaben noch auf einen bestimmten Anbieter zugreifen kann – der dafür auch ordentlich an den Netzanbieter gezahlt hat. Das ist momentan alles legal, so lange irgendwo im Kleingedruckten eine entsprechende Klausel versteckt ist. Aber wer liest das schon?

Warum ist Netzneutralität also wichtig? Ganz einfach: Ich habe das Netz als eine gigantische Masse der absurdsten und komischsten und interessantesten und liebenswertesten Seiten kennen gelernt. Es gibt nichts, was es nicht gibt. Abseits der großen Dienste gibt es ein echtes Biotop von kleinen Bands auf dem Sprung nach oben, selbstgemachten Comedy-Sendungen und liebenswerten Blogs. All den geilen Nischen-Angeboten wird aber der Saft abgedreht, wenn die meisten Leute am Monatsende nur noch bei den Partnerseiten von Telekom oder Vodafone oder wie sie alle heißen vernünftige Bandbreite haben.

„CHILE, SLOWENIEN UND DIE NIEDERLANDE HABEN BEREITS EIN GESETZ ZUR NETZNEUTRALITÄT.“

Und warum ist das schlimm? Ich will nicht, dass das Netz immer mehr von wenigen großen Unternehmen bestimmt wird. Das Netz ist mehr als Facebook und mehr als Spotify oder mehr als Skype. Das Netz ist auch für Blogs, die Seite eines kleinen Bielefelder Datenschutzvereins, Piratebay und movie2k.to. Das Netz ist auch die Seite meiner Lieblingsband, die wahrscheinlich nie groß rauskommen wird, der ich aber die Chance gönne, ihre Lieder über das Netz zu verbreiten. Das Netz ist für mich eben nicht nur Kommerz und Online-Shopping – sondern mehr. Denn das Netz sind wir und die Chance, selbst mit wenigen Klicks etwas auf die Beine zu stellen. Und ich finde, jeder sollte unabhängig vom Geldbeutel daran teilhaben können. Sowohl als Nutzer aber auch als Macher von Inhalten. Und zwar auch anonym, wenn er oder sie es möchte. Ohne Netzneutralität

tät können wir das aber knicken. Ich mag ich es nicht, wenn mein Postbote in meinen Paketen rumschnüffelt.

Der soll einfach nur seinen Job machen: Pakete liefern und abholen. Und welche Inhalte mir wichtig sind und welche nicht, welche ich per Express zugestellt haben möchte und welche nicht – das alles will ich immer noch selbst entscheiden. Chile, Slowenien und die Niederlande haben bereits ein Gesetz zur Netzneutralität.

Worauf warten wir also noch?



BUNDESREGIERUNG UND DAS ZUSTÄNDIGE MINISTERIUM UNTERNEHMEN – NICHTS.

„Netzneutralität ist ein hohes Gut und muss erhalten bleiben“ tönt es zwar aus den verschiedenen politischen Kreisen, unternommen wird jedoch nichts. Da der Bund der größte Anteilseigner der Telekom ist, sollte man von den Beauftragten, also unserer Regierung, jetzt klare Worte erwarten können. Das Telekommunikationsgesetz (§41a) spricht eigentlich eine eindeutige Sprache:

§ 41a NETZNEUTRALITÄT

(1) Die Bundesregierung wird ermächtigt, in einer Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundestages und des Bundesrates gegenüber Unternehmen, die Telekommunikationsnetze betreiben, die grundsätzlichen Anforderungen an eine diskriminierungsfreie Datenübermittlung und den diskriminierungsfreien Zugang zu Inhalten und Anwendungen festzulegen, um eine willkürliche Verschlechterung von Diensten und eine ungerechtfertigte Behinderung oder Verlangsamung des Datenverkehrs in den Netzen zu verhindern; sie berücksichtigt hierbei die europäischen Vorgaben sowie die Ziele und Grundsätze des § 2(2). Die Bundesnetzagentur kann in einer Technischen Richtlinie Einzelheiten über die Mindestanforderungen

an die Dienstqualität durch Verfügung festlegen. Bevor die Mindestanforderungen festgelegt werden, sind die Gründe für ein Tätigwerden, die geplanten Anforderungen und die vorgeschlagene Vorgehensweise zusammenfassend darzustellen; diese Darstellung ist der Kommission und dem GEREK rechtzeitig zu übermitteln. Den Kommentaren oder Empfehlungen der Kommission ist bei der Festlegung der Anforderungen weitestgehend Rechnung zu tragen. Legt man dieses Gesetz streng aus, sind die Pläne der Telekom hinfällig, gerade

vor dem Hintergrund, dass die Telekom eigene Dienste wie Entertain oder durch Verträge mit anderen Anbietern deren Dienste aus der Drosselungsregelung heraus nimmt. Die Telekom, und sicherlich bald auch andere Anbieter, machen sich so zum Herrscher über die Daten und Dienste die die Kunden in Anspruch nehmen können.

Da aber in der letzten Zeit Kunden- und Nutzerproteste die Telekom unter einen gewissen Druck gesetzt haben rudert diese mittlerweile zurück. Die Geschwindigkeit wird auf 2000 kBit/s begrenzt und das Datenvolumen wird wohl auch nach oben angepasst, so jedenfalls lautet eine Meldung der Rheinischen Post, die sich auf ein Interview mit dem designierten Konzernchef Timotheus Höttges bezog.

Vielelleicht gelingt es den Kunden doch, die Telekom zur Umkehr zu bewegen. Es darf eigentlich nicht sein, dass ein Rückschritt in die Zeit vor 2000 gemacht wird. Da waren Volumenverträge üblich und Überschreitungen teuer zu bezahlen. Auch die Regierung sollte als Vertreter des Anteilseigners Bund darauf bedacht sein, dass die von ihr erlassenen Gesetze und Verordnungen in „ihrem“ Unternehmen geachtet werden.



OPEN GOVERNMENT

TRANSPARENTE PARLAMENTE FÜR MEHR BÜRGERBETEILIGUNG

VON OLIVER SIPPEL & KATHRIN JASPER



Brandenburger Tor in Berlin, am Pariser Platz

FOTO: © ELXENEIZE

Piraten stehen für eine Demokratie, die auf den Prinzipien des Open Government, des Offenen Regierens, basiert. Offen heißt: Transparent.

Transparenz, das ist der „Gläserne Staat“. Nicht zu verwechseln mit dem „Gläsernen Bürger“. Der Unterschied ist ganz einfach – das erste wollen wir, aber die Regierung nicht. Beim zweiten ist es genau umgekehrt. Doch wir Piraten wollen noch mehr: Wir wollen mehr Beteiligungsmöglichkeiten.

Anstelle von Basisdemokratie und Transparenz erleben wir heute eine Politik, die nur von wenigen Menschen, meist hinter verschlossenen Türen, gemacht wird. Ein Beispiel dafür ist die Entstehung von Gesetzen. Im Parlament arbeiten die Volksvertreter für uns. Das heißt, wir sind quasi ihre Arbeitgeber und bezahlen mit unseren Steuern ihr Gehalt. Wie alle anderen Arbeitgeber wollen wir wissen, ob unsere Arbeitnehmer ihren Job gut machen. Gut heißt dabei, dass sie Gesetze zum Wohle der Allgemeinheit auf den Weg bringen. In der Realität können wir das oft nicht beurteilen, weil uns die Fakten fehlen. Oder wir stellen selbst bei oberflächlicher Betrachtung fest, dass etwas faul ist. Entscheiden unsere Abgeordneten nach bestem Wissen und Gewissen oder nach dem Einfluss der mächtigsten Lobby?

Das wüssten wir zwar gern, aber da Nebeneinkünfte von Abgeordneten und ihre Lobbykontakte nicht hinreichend offen liegen, werden wir es nie erfahren. Wir möchten jedoch die Vertrauenswürdigkeit unserer Politiker selbst beurteilen können. Und wir wollen nachvollziehen können, wie ein Gesetz entsteht.

Die meisten Gesetze werden nicht im Parlament entworfen, sondern in den Ministerien, in denen auch Vertreter von Unternehmen und Lobbyistenverbänden an Gesetzesentwürfen mitschreiben. Also ist nicht das Parlament der Gesetzgeber, sondern die Ministerien übernehmen diese Arbeit. Im Parlament werden die Gesetze lediglich abgenickt. Dies erschwert die Kontrollfunktion, die dem Parlament im Grundgesetz zugeschrieben wird, erheblich: Die Kontrollierenden sind die Kontrollierten. Niemand kennt heute den Einfluss von Lobbyismus auf unsere Bundesregierung. Wir können uns nur fragen, ob es Zufall ist, dass zum Beispiel ein Kanzler Schröder Gas pipeline unterstützt hat und nach seiner Amtszeit in den Aufsichtsrat des Gazprom-Konzerns befördert wurde.

INFORMATIONSFREIHEITSGESETZ

Aber stellen wir uns einfach mal vor, dass ein Gesetz tatsächlich im Bundestag verfasst wird: Damit Bürgerinnen und Bürger sich in diesen Prozess einbringen können, benötigen sie Zugang zu relevanten Informationen und einfache Möglichkeiten, sich mit Ideen, Verbesserungsvorschlägen und Kritik an ihre Abgeordneten zu wenden. Dafür ist neben einer Offenheit des Parlaments auch Zugang zu den betreffenden Informationen nötig. Für diesen Zugang wäre eigentlich das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) des Bundes zuständig. Die Informationen hält der Bundestag jedoch unter Verschluss – als wären es Geheimverträge. Der Bundestag vertritt nämlich die Auffassung, dass ausgerechnet für ihn und seinen Wissenschaftlichen Dienst das Informationsfreiheitsgesetz nicht gilt. Über alle Bundesbehörden hinweg wurde nicht einmal jede zweite Anfrage mit

der gewünschten Information beantwortet. In fünf Bundesländern fehlt so ein Gesetz gänzlich! Ob und was wir über den Staat erfahren dürfen, hängt also davon ab, wo wir wohnen und mit welchem Bein der Sachbearbeiter aufgestanden ist. Dabei ist Information eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine Bürgerbeteiligung auf Augenhöhe! Hier wollen wir viel weitreichendere Rechte.

Aber nicht nur parlamentarische Prozesse und wirtschaftliche Einflüsse auf das politische Geschehen müssen transparenter werden. Auch das Zustandekommen von Verwaltungsentwicklungen und ihre Ergebnisse müssen für alle nachvollziehbar sein. Dazu gehören auch Verträge zwischen dem Staat und Privatunternehmen. In England ist das normal – alle Verträge der öffentlichen Hand über 10.000 Pfund kann man im Internet einsehen. In Deutschland herrscht noch das Prinzip des Amtsgeheimnisses. Praktisch jeder Vertrag fällt darunter, egal ob es um den Bau des Berliner Flughafens geht oder um die Privatisierung unserer Wasserversorgung.

KORRUPTION UND AMTSMISSBRAUCH

Durch das sogenannte Leaken, also die informelle Veröffentlichung von Informationen durch Menschen, die Zugang zu diesen Informationen haben, kommen wenigstens manche dieser Verträge ans Licht und offenbaren, wie die Bürger über den Tisch gezogen werden. Diese aus der Notwehr heraus geborene Methode kann jedoch einen transparenten Staat nicht ersetzen. Transparenz ist das wirksamste Mittel gegen Korruption und Amtsmisbrauch. Die breite Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern führt zusätzlich zu besseren Entschei-



Plenarsaal des Bundestags in Berlin

FOTO: STEFAN KEMMERLING

dungen. Fehler werden früher erkannt und kreativere Problemlösungen entwickelt. Das ist die von den Piraten so oft erwähnte Schwarmintelligenz.

OPEN DATA

Deshalb wollen wir ein Transparenzgesetz nach Hamburger Vorbild, das aus der Holsschuld des Bürgers eine Bringschuld des Staates macht. Das bestehende Informationsfreiheitsgesetz gewährt Zugang zu Informationen nur auf Antrag und gegen Gebühren. Mit einem Transparenzgesetz sollen alle staatlichen Informationen, die nicht personenbezogene Daten enthalten und keine besonders hohe Sicherheitsrelevanz haben, im Internet frei zugänglich gemacht werden – in offenen Formaten und mit freien Lizenzien, die jede Nutzung kostenfrei erlauben. Das nennt man Open Data. Viele Länder haben bereits solche nationalen Open-Data-Portale. Deutschland hat leider nur ein Portal, das die kostenfreie Nutzung auf nicht-kommerzielle Zwecke beschränkt. Aber warum soll man für Daten zweimal bezahlen? Sie wurden mit Steuergeldern finanziert, und somit sind sie bereits unser Eigentum.

Mit dem Zugang zu diesen Informationen soll es den Bürgern ermöglicht werden, sich auf Augenhöhe mit dem Staat am politischen Tagesschehen zu beteiligen. Zu dieser Beteiligung gehört aber nicht nur der freie Zugang zu Informationen, sondern auch die Möglichkeit der Mitbestimmung. Dies ist beispielsweise möglich durch einen bundesweiten Volksentscheid, wie es ihn auf Landesebene zum Teil bereits gibt. Deutschland ist einer der wenigen demokratischen Staaten weltweit, bei denen Bürger nicht die Möglichkeit haben, sich durch

Abstimmungen in die Bundespolitik einzumischen. Diese Möglichkeit muss aber dringend geschaffen werden, um die Staatsgewalt, wie vom Grundgesetz bestimmt, wieder in die Hände des Volkes zu legen. Durch einen bundesweiten Volksentscheid hätten die Bürger wieder die Möglichkeit, ihren Willen gegenüber der Regierung durchzusetzen, wenn diese nicht auf ihre Wähler hört. Von der Regierung beschlossene Gesetze, die nicht dem Willen des Volkes entsprechen, sollen von diesem wieder aufgehoben werden können. Bei bestimmten Regierungsentscheidungen, beispielsweise der Änderung des Grundgesetzes, soll generell eine bindende Befragung des Volkes stattfinden. Um es den Bürgern so leicht wie möglich zu machen, an diesen Befragungen teilzunehmen, bietet das Internet Möglichkeiten, einfach zu bedienende Plattformen für die nötigen Abstimmungen zu schaffen. Um niemanden zu benachteiligen, muss aber ebenso die Möglichkeit einer Briefabstimmung vorgesehen sein.

AKTIV TRANSPARENZ BETREIBEN

Für eine saubere Politik fordern Piraten ein Lobbyregister, sowie eine Sperrfrist für Spitzenpolitiker und leitende Regierungsbeamte nach ihrer Amtsausübung. Dies soll verhindern, dass Politiker durch ein attraktives Jobangebot zu korrupten Entscheidungen verführt werden. Auch die Regelungen für die Parteienfinanzierung müssen transparenter gestaltet werden. Wir wollen aber nicht nur fordern, sondern auch Vorbild sein. Für die Piraten-Abgeordneten in den Landesparlamenten ist das Veröffentlichen ihrer Nebeneinkünfte auf Euro und Cent selbstverständlich – so wie es für alle Mandatsträger Vorschrift sein sollte. Aber nicht nur bei der Veröffentlichung der

Einkünfte stellen die Piraten ein Vorbild dar. Der Berliner Untersuchungsausschuss zum BER-Flughafen wird beispielsweise von einem Piraten geleitet, und die Piratenpartei hat dazu die Plattform BERwatch entwickelt, auf der man jetzt alle Dokumente zu diesem Milliardenprojekt finden kann.

Wir möchten mehr von diesen Veränderungen in der Politik sehen und deshalb wollen wir, dass Open Government die strategische Richtschnur in Parlamenten, Regierung und Behörden wird.



DIE BEMERKUNG AM RAND

»Korruption«

Die „kleine“ Korruption, die in einigen Ländern das öffentliche Leben ihrer Bürger lähmmt, ist hier zum Glück weitgehend unbekannt. Schmiergelder fließen eher im großen Stil zwischen Unternehmen selbst und auch an Verwaltungsangestellte. Da die Regierung nichts unternimmt, um Gesetze dagegen zu erlassen, landet Deutschland im internationalen Vergleich auf einem der letzten Plätze. Immerhin: Anders als noch vor Jahren können beim Finanzamt nachgewiesene Bestechungsgelder nicht mehr von der Steuer abgesetzt werden. Und die Bestechung von Abgeordneten ist inzwischen immerhin dann verboten, wenn der Geldkoffer direkt im Plenarsaal übergeben wird. Damit endet aber schon jedes Bemühen Schmiergeld, das manche für das Schmiermittel der Wirtschaft halten, zu unterbinden. Abgeordnetenbestechung außerhalb des Parlamentsgebäudes ist in Deutschland noch immer nicht verboten.

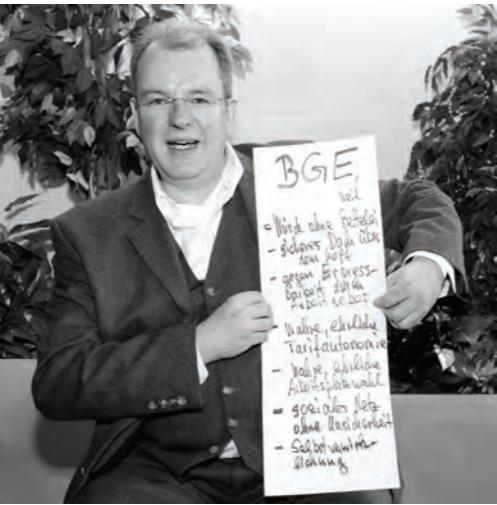


Svenja Funke mit ihrer Aktion "BGE im Bild" www.svenjas.in

Als ich vor ca. 2 Jahren das erste Mal von dem Konzept hörte, ist mir diese Idee alles andere als gut und logisch vorgekommen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) für alle? Absurd.

Ich bin seit vielen Jahren berufstätig - ich arbeite, damit meine Familie und ich essen können, damit wir ein Dach über dem Kopf haben, Kleidung, Möbel und Haushaltsgegenstände kaufen können. Ich arbeite, damit wir uns Auto, Versicherungen, Fernsehen, Internet, den Kinobesuch und auch mal Essengehen leisten können.

Die Idee des BGE soll jedem Menschen so viel Geld garantieren, dass er einige dieser Dinge haben kann - OHNE dafür zu arbeiten. Sicherlich nicht so viel, dass er im Überfluss leben kann, aber so viel, dass die Befriedigung seiner Grundbedürfnisse sichergestellt ist und er auch am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann. Das ist ungerecht, dachte ich. Die arbeiten doch nicht. Die liegen doch auf der faulen Haut. Ich



soll sie mitfinanzieren? Soweit kommt das noch!

Doch dann fing ich an über den Begriff der Gerechtigkeit nachzudenken. Ist es denn nicht so, dass es gerecht ist, wenn jemand, der viel gibt, auch viel bekommt? Wenn jemand, der nicht so viel gibt, auch nicht so viel bekommt? Und wenn jemand, der nichts gibt, auch nichts bekommt? Wäre das nicht gerecht?

Mir wurde klar, dass es gerecht wäre, aber nicht fair! Menschen, so zeigt uns auch die Geschichte, vollbringen große Taten. Nicht Erfindungen, Kulturgüter oder andere Errungenschaften meine ich. Nein, die wahrhaftig großen Taten sind die, die wir selten sehen. Die Pflege zu Hause, das Engagement in den Vereinen, die vielen ehrenamtlichen Dinge, die Menschen machen, weil sie das Gefühl haben wollen etwas zurückzugeben.

Solch ein Verhalten passt nicht in unsere Gesellschaft. Zumindest nicht aus diesem Motiv heraus. Und doch loben die Politik und die Wirtschaft dieses ehrenamtliche Engage-

ment. Jedoch nicht wegen der wahren Motive. Menschlichkeit, Solidarität und Hilfsbereitschaft haben im kapitalistischen Wirtschaftssystem keine Bedeutung, denn sie lassen sich nicht in Zahlen messen.

Die ehrenamtliche Arbeit leistet Dinge, für die sonst auch Gelder zur Verfügung gestellt werden müssten. Geld, das auch den Gewinn eines Unternehmens verringern würde. Alibi-Politik wird immer dann gemacht, wenn doch mal in großer medialer Geste gespendet wird - für etwas, dass man oft selbst mit verschuldet hat. Ein Unternehmen zum Beispiel, das Hungerlöhne zahlt, aber dann in großer Geste für die Tafel spendet.

NICHT GENUG ARBEIT FÜR ALLE!

Wenn also Menschen Dinge tun, für die sie nicht bezahlt werden, so steckt in Ihnen ein Kern, der nicht rein egoistisch geprägt ist, sondern der sie überhaupt erst zu Menschen macht. Auf dem Bundesparteitag 2012 in Bochum haben die Piraten eine wichtige Erkenntnis ins



Programm geschrieben: Es ist nicht genug Arbeit für alle da! Das stimmt – zumindest wenn man das etwas genauer definiert: Es ist nicht genug menschenwürdige und angemessen bezahlte Arbeit für alle da.

Arbeit gibt es freilich viel mehr. Auch die ehrenamtliche Arbeit ist Arbeit. Auch das Schaffen von neuen Musikstücken, das Malen eines Bildes oder das Schreiben eines Gedichtes ist Arbeit. Arbeit, die unserer Gesellschaft etwas zurückgibt. Arbeit, die nicht dafür gedacht ist, dass ein Unternehmen mehr Geld verdient, sondern dass die Menschheit sich weiterentwickelt. Diese Arbeit versucht der Markt natürlich einzufangen - Wege zu finden, auch mit dieser Arbeit Geld zu verdienen. Daraus entstanden Dinge wie das Urheberrecht, das Leis-



tungsschutzrecht, das Patentrecht, die GEMA und andere Geißeln der Moderne. Wenn also die Piraten die Erwerbsarbeit vom Menschen trennen, reagieren sie sehr viel tiefgreifender auf die Marktradikalisierung unserer Gesellschaft. Sie setzen mit dem Aufgreifen der Forderung nach einem BGE einen direkten Gegenpunkt, denn sie zeigen ein neues Gesellschaftsmodell auf.

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Die Gründungsväter des Grundgesetzes hatten eine soziale Marktwirtschaft als Staatsform angedacht. Auch wenn sie so nicht festgelegt wurde, deuten Art. 20 GG und Art. 28 GG in diese

Richtung. Ihnen war vermutlich bereits damals klar, dass der marktradikale Kapitalismus, die freie Marktwirtschaft, die sozial kompetenteren Menschen zu Verlierern stempeln würde. Wenn wir uns die politischen Veränderungen – in Form von Gesetzen – der letzten 20 Jahre genauer ansehen, so erkennen wir, dass diese Gesetze eigentlich alle nur ein Ziel hatten: Den Begriff „sozial“ aus unserer Marktwirtschaft zu unterwandern und durch eine neue Definition von „gerecht“ zu ersetzen. Wenn also die Piraten eine Enquete-Kommission fordern, so sind sie die Einzigsten, die die fatalen Entwicklungen richtig erkannt haben. Und sie sind die Einzigsten, die bereit sind, entsprechende Schritte zur Korrektur einzuleiten.



FOLGEN DES BGE

Die Konsequenzen eines BGE sind ganz schwer abschätzbar. Was wäre denn, wenn jeder Mensch einen Betrag – sagen wir 1200,-€ – monatlich vom Staat bekäme? Ohne weitere Bedingungen?

Würden die Menschen aufhören zu arbeiten? Oder würden Sie sich Arbeit suchen, bei der sie nicht das Gefühl haben, ausgenutzt zu werden? Würden Sie vielleicht zu Hause bleiben und einfach vor dem Verblödungsfernsehen verfallen? Oder würden sie eher Ihre Kinder mit mehr Aufmerksamkeit erziehen?

Wären Dinge wie die Rentenversicherung, Kindergeld, Hartz IV und Beihilfen überhaupt noch nötig? Was wäre mit Menschen, die besondere Förderung brauchen? Wie viele Arbeitsplätze würden tatsächlich wegfallen? Und wie viele Arbeitsplätze würden neu entstehen? Welche neuen Geschäftsmodelle und Formen von Teilnahme und Teilhabe könnten sich entwickeln?

Dass eine Idee wie das BGE kein kurzfristiges Ziel für unsere Gesellschaft darstellt ist offensichtlich, denn die Abwägung vieler Fragen ist offen. Sie kann auch nicht durch eine Partei oder durch ein Parlament für alle Menschen passieren. Der Gedanke zum BGE muss in den Köpfen der Menschen reifen. Da in unserer Gesellschaft gegenwärtig die Probleme immer deutlicher werden, fordern

die Piraten den Mindestlohn als Übergangstechnologie zum BGE. Schon der Mindestlohn kann helfen, die Abhängigkeit der „Human Resources“ vom Arbeitgeber zu reduzieren und ein menschenwürdiges Leben zu unterstützen. So habe ich mich Stück für Stück von dem Gedanken des BGE überzeugen lassen. Für einen rationalen Menschen wie mich stellen sich natürlich auch kritische Fragen, beispielsweise zur Finanzierbarkeit. Die möglichen positiven Veränderungen für alle Menschen wären so bedeutsam, dass es aus meiner Sicht Pflicht sein sollte, die vielen Modelle zum BGE umfassend zu prüfen. Genau das fordern die Piraten in ihrem Grundsatzprogramm – eine Enquete-Kommission zur Analyse der Realisierbarkeit des BGE. Ich glaube, das ist der richtige Weg!

DIE BEMERKUNG AM RAND

»Programm«

Das Wahlprogramm der Piratenpartei ist – entgegen der Medienberichte – mit seinen 166 Seiten sehr umfangreich. In dreizehn Themenbereichen beschreiben wir detailliert, wofür wir einstehen und warum Dinge wie Datenschutz, Netzneutralität, Bildung und freie Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen für uns wichtig sind. Dafür gehen wir auf die Straße, harren in Wind und Wetter (und natürlich auch bei Sonnenschein) an Infoständen aus um die Bürger über diese, unsere Themen zu informieren, und stecken viel Zeit, Geld und Leidenschaft in den Wahlkampf.





Oliver Sippel verbrachte als Pfleger einen Tag in einer Pflegeeinrichtung.

FOTOS: @OLLY

Das Schlimmste vorweg: Altenpflege kann wirklich so unappetitlich sein wie man es sich vorstellt. Windeln wechseln, Menschen waschen, Schleim absaugen – je nachdem, wie pflegebedürftig jemand ist. Der Rest, das Zwischenmenschliche, ist aber das, worauf es in diesem Beruf ankommt. Das habe ich an diesem Tag gelernt.

Am Dienstag, den 30. Juli, bin ich der Einladung des Bündnisses für gute Pflege gefolgt und habe mir in einem Praxistag im Paul-Gerhardt-Haus in Tönning angesehen, was es bedeutet, in der Altenpflege zu arbeiten. Ich gewann an diesem Tag Eindrücke, die mich tief bewegt haben. Ein paar Fakten vorweg:

Das Seniorenheim im Paul-Gerhardt-Haus ist eine diakonische Pflegeeinrichtung nach SGB 11 und existiert seit 1978. Es beherbergt Seniorinnen und Senioren aller Pflegestufen. Die früher 80 Plätze wurden auf mittlerweile 69 reduziert, um für die Pflegebedürftigen mehr Komfort zu schaffen. „Der einzelne Mensch braucht Rückzugsraum, das wurde früher zu wenig beachtet“, erklärt Geschäftsbereichsleiter Jan Podgorski die Reduzierung. Auf ca. 20 Bewohner kommt hier eine examinierte Pflegefachkraft und eine Pflegehilfe.

Damit hält sich die Einrichtung an die Vorgaben, die besagen, dass mindestens 50% des Personals ausgelernte Fachkräfte sein müssen. „Ob diese starre Quote nötig ist, sei dahingestellt“, so Podgorski, „viele Pflegehilfen sind seit Jahrzehnten dabei und wesentlich qualifizierter als manche Fachkraft.“ Die Vergütung ist individuelle Verhandlungssache mit den

jeweiligen Kostenträgern, einen Rahmentarifvertrag gibt es nicht. Fachkräfte bekommen hier im Schnitt 11,50 €, Pflegehilfen beginnen mit 9 € die Stunde. Anderorts gibt es noch weniger. Der Mindestlohn in der Pflege beläuft sich im Westen auf 8,50 € je Stunde. Dass dies keine gerechte Entlohnung ist für eine Berufsgruppe, die derart viel leistet, einen so wichtigen Dienst an der Gesellschaft übernimmt und sowohl physisch als auch psychisch bis an ihre Grenzen geht, werde ich bald selbst erkennen.

KAFFEE & LEISTUNGSDRUCK

Vorerst sitze ich noch bei einem Kaffee im Büro von Herrn Podgorski und unterhalte mich mit ihm und Pflegedienstleiterin Anke Hinrichsen über die Probleme, vor denen sich die Pflege tagtäglich gestellt sieht. „Als zusätzliche Belastung neben der ohnehin schon schweren Tätigkeit empfinden wir den Leistungsdruck, dem wir ausgesetzt sind“, so Hinrichsen, „Wir verbringen fast genauso viel Zeit mit Dokumentation, wie mit den Bewohnern selbst. Einmal im Jahr gibt es eine Regeluntersuchung vom MDK, dem medizinischen Dienst der Krankenkassen, die erst einen Tag vorher angekündigt wird.“

Das ist, als stünde man jedes Mal vor einer Prüfung, von der die eigene Existenz abhängt. Dass Prüfungen stattfinden müssen, ist klar. Die Art und Weise, wie jedoch geprüft wird, wird der Realität nicht gerecht. Schwarze Schafe gibt es in der Pflegedienstleistung sicherlich, sie sind jedoch nicht die Regel. Negative Berichterstattung hat uns in diesem Punkt das Leben schwer gemacht. Wer könnte den letzten Satz besser nachvollziehen als ein Pirat.

„Die akribische Dokumentation aller Einzelheiten, beginnend mit dem Zustand, in dem die Bewohner morgens aufgefunden werden, bis hin zu dem genauen Winkel, in dem sie selbstständig die Arme heben können, braucht viel Zeit. Die fehlt dann bei der eigentlichen Pflegearbeit“, ergänzt Podgorski, „Hinzu kommt, dass uns Arbeitskräfte verloren gehen, weil sie in den Prüfdienst des MDK gehen. Dort verdienen sie ja viel mehr.“

MANGEL IN PERMANENZ

An Personal mangelt es ohnehin an allen Ecken und Enden. „Wenn Sie in einen Pflegeberuf gehen, finden Sie immer Arbeit“, so Podgorski, „Das Problem ist, dass es so wenige Menschen gibt, die sich das antun.“ Zu der geringen Entlohnung, der kräftezehrenden Arbeit beim Heben, Stützen und Wenden der Bewohner und der psychischen Belastung durch Sterbefälle kommen noch die familienunfreundlichen Arbeitszeiten in der Wechselschicht. „Ich war schockiert“, berichtet Hinrichsen, „am ersten Tag meiner Ausbildung zu hören, dass die meisten von uns diesen Beruf nicht länger als fünf Jahre ausüben, bevor sie aufgeben.“

Gelegenheit, mich von den Zuständen in den Pflegeberufen selbst zu überzeugen, bekam ich im Anschluss an das Gespräch. Nach einer kurzen Führung durch die Räumlichkeiten begleitete ich Pflegeassistenz-Auszubildende Rebecca Dithmer bei ihrem täglichen Aufgaben. Und bekam bereits beim Zusehen einen Eindruck davon, wie schnell man in diesem Beruf an seine Grenzen geraten kann. In allen Zimmern wird Frau Dithmer mit Herzlichkeit empfangen. Kleine Gespräche lockern die täglichen Rituale. Ich frage mich, wie es wohl sein



muss, nachdem man Monate oder Jahrelang solche Gespräche mit einer Person geführt hat, wenn diese Person auf einmal vor den eigenen Augen stirbt.

Viele Senioren in dem Pflegeheim sind körperlich derart geschwächt, dass sie nicht mehr in der Lage sind, allein aus ihrem Sessel oder Rollstuhl aufzustehen. Die meiste Zeit des Tages befinden sie sich in ihrem Zimmer und bekommen nur das zu sehen, was sich vor ihrem Fenster abspielt. Für ausgedehnte Spaziergänge fehlt den Pflegern die Zeit.

PRIVAT ODER DOCH BERUFUNG

„Manchmal nehmen wir sie in der Freizeit mit auf einen Spaziergang“, erwähnt Frau Dithmer nebenbei und lässt mich erahnen, wie weit der Beruf in das Privatleben hineinragt. Einige der Bewohner sind geistig noch klar genug, sich ihrer Lage bewusst zu sein und nehmen ihre Situation mit beachtlich viel Humor.

Trotzdem kommt in mir intuitiv der Wunsch auf, diejenigen zu beglückwünschen, die sich aufgrund von Demenz ihrer Hilflosigkeit nicht bewusst sind. Anderen Bewohnern lässt sich von außen nicht einmal ansehen, wieviel Bewusstsein noch in ihnen steckt. Wie die bettlägerige Patientin in Zimmer 4, die durch eine Magensonde ernährt wird. Bei ihr sammelt sich der Speichel regelmäßig derart bedrohlich, dass er abgesaugt werden muss.

Oder die Dame im Rollstuhl, die mich jedesmal misstrauisch beäugt, wenn ich im Foyer an ihr vorbeilaufe. Später schaue ich dann zu, wie sie, die sich fast gar nicht mehr aus eigener Kraft bewegen kann, auf ihr Zimmer gebracht wird. Und sehe die Hilflosigkeit in ihren Augen, als die Pflegerinnen sie ausziehen und in ihr Bett heben. Diesen Gesichtsausdruck, als sich unsere Blicke trafen, werde ich mit nach Hause nehmen und noch oft an die alte Dame denken müssen.

Immer wieder frage ich mich, wie ich empfinden würde, wenn es mir so ginge. Und muss spontan meine Fragestellung korrigieren. Wie wird es mir ergehen, wenn ich alt bin? Wie wird dann mit mir umgegangen? Was werde ich als angenehm empfinden, was als demütigend? In diesem Moment ist die Altenpflege kein abstrakter Begriff mehr für mich, und ich beginne, ihren Wert neu zu beurteilen.

OHNE SELBSTLOSIGKEIT GEHT NIX

Wer den Beruf des Altenpflegers ausübt, braucht eine altruistische Grundhaltung. „Wenn ich einmal pflegebedürftig bin, möchte ich doch auch nicht, dass mir das Essen reingestopft wird, nur weil mein Pfleger ein fest vorgegebenes Zeitkontingent für die Essensangabe hat“, erklärt mir eine Mitarbeiterin, „Also bleibe ich nach

Feierabend noch eine halbe Stunde länger, und lasse den Bewohner sein Abendbrot in Ruhe beenden. Ich sehe doch, wie es ihm schmeckt.“ Ich persönlich bin davon überzeugt, dass es eine Menge Menschen gibt, die diese Selbstlosigkeit besitzen, und denen der Beruf des Pflegers Spaß machen würde, allein schon wegen der zwischenmenschlichen Kontakte. Einige von den älteren Damen möchte man spontan in den Arm nehmen und drücken. Doch für die Nähe fehlt die Zeit. Das könnte sich ändern, wenn mehr Schulabgänger den Schritt in einen Pflegeberuf wagen würden. Doch die derzeitigen Arbeitsbedingungen, insbesondere die zu geringe Entlohnung, schrecken zu sehr ab. Was also können wir tun? Um den Pflegeberuf attraktiver zu machen, bedarf es einer besseren Bezahlung. Diese muss in Rahmentarifverträgen festgesetzt werden. Schon jetzt aber kostet die Pflege so viel Geld, dass viele Senioren in Pflegeheimen nicht einmal mehr genug Geld übrig haben, um sich am Kiosk um die Ecke eine Zeitung leisten zu können.



Wir Piraten setzen uns daher für eine umfangreiche Überarbeitung des Sozialsystems ein. Eine Altersgrundsicherung soll der bereits jetzt fortgeschrittenen Altersarmut entgegenwirken. Diese Grundsicherung soll für alle Rentner gleichermaßen und in einem Korridor zwischen Minimal- und Maximalrente ausgezahlt werden, unabhängig von erwirtschafteten Rentenansprüchen. Die Höhe der Grundrente muss so angesetzt sein, dass damit sowohl ambulante als auch stationäre Pflegedienste in angemessener Weise bezahlt werden können.

Zur Finanzierung der Grundrente sollen alle bestehenden Rentensysteme, berufsständische Versorgungssysteme und Pensionen im

öffentlichen Dienst zu einer Rentenkasse zusammengeführt werden. Alle steuerpflichtigen Einkommen und Kapitalerträge werden zur Zahlung von Rentenbeiträgen verpflichtet. Keine Berufsgruppe wird ausgenommen, die Bemessungsgrenze soll entfallen. In die Rentenkasse zahlen alle in Deutschland lebenden Menschen einkommensabhängig ein. Die Beiträge von Selbstständigen werden sich an ihren jeweiligen Unternehmenszahlen orientieren, so dass diese in ihrer Existenz nicht gefährdet werden.

Es ist eine Frage an die Gesellschaft, wie wir mit unseren Alten umgehen. Ob wir sie nach dem Motto „Aus den Augen, aus dem Sinn“ auf die kostengünstigste Weise in Pflegeheimen unterbringen, oder ob wir das, was diese Menschen in ihrem Leben für uns und die Gesellschaft geleistet haben, wertschätzen und ihnen den angenehmen Lebensabend ermöglichen, den sie verdient haben. Mir fällt dabei ein Satz ein: „Ich schlage mir selbst nicht mit dem Hammer auf den Kopf, weil ich weiß, dass es weh tut. Aus demselben Grund schlage ich anderen nicht mit dem Hammer auf den Kopf.“ Jeder von uns wünscht sich, in Würde alt zu werden und sein Leben bis zum Schluss aus eigener Kraft zu meistern. Leider ist dies nicht jedem von uns vergönnt. Diejenigen unter uns, die im hohen Alter auf Hilfe angewiesen sind, haben jedoch ein naturgegebenes Recht auf die höchstmögliche Lebensqualität bis zum letzten Tag. Um dies zu gewährleisten, brauchen wir ausreichend Pflegekräfte. Die wird es aber ohne angemessene Bezahlung und familienfreundlichere Arbeitszeiten nicht geben. Und noch etwas ist wichtig: „Bezahlung ist das eine“, gibt Podgorski zu bedenken, „mindestens genauso wichtig ist aber eine entsprechende Wertschätzung der Pflegeberufe. Im vergangenen Jahr wurde das Jahr der Pflege ausgerufen. Passiert ist über das ganze Jahr aber gar nichts. Das frustriert.“

Was also stattfinden muss, ist ein Umdenken in der Gesellschaft. Pflege ist kein abstrakter Begriff, sie ist etwas, das uns alle betrifft, das viele von uns irgendwann einmal betreffen wird. Wir müssen aufhören, uns von unseren Alten zu distanzieren. Ich kann jedem Leser nur empfehlen, sich einmal in das nächstgelegene Pflegeheim zu begeben, sich mit den Menschen dort zu unterhalten und sich selbst ein Bild zu machen. Die Senioren sind bis zuletzt Teil unserer Gesellschaft. Und die Pflegekräfte sind diejenigen, die sich die höchst respektable Aufgabe zu eigen gemacht haben, den Alten den Lebensabend so angenehm wie möglich zu gestalten. Ich wünsche mir, dass wir den Pflegern im Gegenzug die Ausübung ihres Berufes so angenehm wie möglich machen. Damit es noch viele von ihnen gibt, wenn wir einmal auf sie angewiesen sind.



Bruno Kramm - Musiker, Produzent und Geschäftsführer

Wissen und Kultur waren noch nie so umfassend verfügbar, haben noch nie so viele neue Potentiale befriedet wie heute. Der technologische Fortschritt, die gesellschaftliche Revolution hin zu Demokratisierung in allen Teilen der Welt hat durch die universelle Teilhabe im Netz gewaltig an Fahrt aufgenommen.

Menschen sind dabei kreativer geworden, da Produktionsmittel nicht zuletzt durch die Open-source- und Creative-Commons-Gemeinde, Wikipedia, Crowdsourcing, Filesharing, aber allem voran dem freien Code des Netzes, jedem offen stehen. So kommen Studien wie „The Sky is Rising“ zum Schluss, dass die kulturellen Märkte in ihrer Gesamtheit explodieren und untermauern das mit weltweiten Zahlen. Die Märkte haben sich nur weiter in Nischen, Subkulturen, Genres und Gattungen zwischen dem althergebrachten Buch, MP3-Download und Computerspiel aufgefächert. So verschwimmen im Netz auch die Grenzen zwischen Urheber und Nutzer, hin zu Menschen, die immer häufiger gemeinsam schöpfen. Neben der digitalen Mündigkeit tritt dazu die Lust der modernen Generation, sich selbst an Remixen und Mashups zu versuchen und dann im Netz unmittelbare Verbreitung zu erfahren. Kunst als Kommunikationsbegriff wird im 21. Jahrhundert zum ersten Mal wahrhaftig kommunikativ, denn sie hat einen Rückkanal gewonnen.

Diese Kreativen sind nicht nur Nutzer, sie sind auch Urheber. Dabei ist die Abgrenzung, ob kommerziell oder nicht, kaum sinnvoll, denn häufig werden ursprünglich nicht kommerziell geplante Werke im Nachgang kommerziell.

Die technologisch bedingte Verbreiterung der Urheberschaft in Deutschland und Europa trifft jedoch auf den breiten Widerstand der alten Kulturindustrien, das Urheberrecht zu reformieren. Die Schranken des Urheberrechtes sind unflexibel – eine Fair-Use-Regelung ist in weiter Ferne. Und was Mashup und Remix betrifft: Das Urheberrecht und seine kleine Schwester, das Leistungsschutzrecht, unterbinden kreative Aktivitäten in bestimmten Bereichen generell. Dabei entstehen durch den Remix nicht nur neue Werke, sondern auch ein neues Publikum. Ohne ein allgemeines Recht auf Remix wird diese Technik weiterhin nur wenigen etablierten Urhebern ermöglicht, denn Kompenstationen und Rechteverhandlungen kann nur leisten, wer einen großen Verlag hinter sich hat. Eine adaptierte Fair-Use-Regelung, aber zumindest Remix- und Bildungsschranken im Urheberrecht, würde das Schaffen vieler Kreativen aus der durch das Urheberrecht verursachten Illegalität befreien.

DIGITALE RECHTEVERWALTUNG - DRM

Und natürlich versagen herkömmliche Strukturen und Geschäftsmodelle, die sich auf den Wandel nicht einstellen. Ein Versagen, das auch unmittelbar mit der bisher strikten Trennung von Urheber und Nutzer zusammen hängt, dem größten Dilemma der Urheberrechts-Diskussion: Meistens hat der Urheber die schwächste Position – die Entscheidungen zu Schutzfristenverlängerungen, DRM-Maßnahmen und Privatkopien schützen einseitig die eingehedeten Interessen der wenigen Großkonzerne und behandeln so gut wie nie die für Urheber so wichtige Frage nach Zirkulation, Aufmerksamkeit und Autonomie. Dass jene Angebote, die Praktikabilität, Kopierbarkeit und weltweit-

te Synchronität bieten, auch honoriert werden, zeigt sich gerade in der Musikindustrie. 38 Prozent Wachstum der digitalen Angebote im ersten Quartal letzten Jahres verheißen Gutes für eine Branche, welche die Digitalisierung über eine Dekade verschlafen hat.

HIER KASSIERT DER RECHTSANWALT

Kultur muss zirkulieren und wenn sie begeistert, wird sie honoriert werden. Das tun Menschen gerne, auch wenn die Industrie mit einer abgründigen Kampagnenschlacht das Bild des gierigen, nimmersatten Konsumenten geschaffen hat. Sie hat dieses Bild geschaffen, damit sie weiterhin das millionenschwere Abmahngeschäft gegen Filesharer aufrechterhalten kann. Dennoch sind die Kritiker des Filesharings in der Musikbranche stiller geworden und sehen das Problem jetzt vor allem bei illegalen Hostern, also Angeboten, die ohne Honierung der Urheber riesige Repertoires zu billigsten Flatrates verkaufen. Die Clickconomic-Studie belegt, dass als einziges Hilfsmittel gegen Hoster ein umfassendes, synchrones, qualitativ hochwertiges, barrierefreies und kopierfreies Angebot wirkt. Wer stattdessen nach Zugangssperren und Datenüberwachung ruft, um seine Verwertungsmodelle zu schützen, verliert aber alles und zuerst die Freiheit. Denn Deep-Packet-Inspection und Aufhebung der Anonymität im Netz als letzte Konsequenz einer lückenlosen Schutzmaßnahme entspricht der Praxis totalitärer Staaten. Ist die Büchse der Pandora erst geöffnet, ist das freie Netz Geschichte.

Doch geht es bei dem digitalen Wandel und der Diskussion um das Urheberrecht bei Leibe nicht nur um Werke der Unterhaltungsbranche. Gerade in einem Land, das so maßgeblich von

IM TAL DER DIGITALEN AHNUNGSLOSIGKEIT

OPEN-COURSEWARE AN DIE UNIVERSITÄTEN



Durch Open-Courseware könnte sinnvoll gespart werden.

FOTO: TORSTEN KRAHN

seinen Wachstumspotentialen in der Bildung abhängt, braucht offene und durchlässige Bildungssysteme mehr denn je. Lehrer machen sich strafbar, wenn sie zu umfänglich aus Lehrwerken kopieren, verarbeiten und neu gestaltet ihren Schülern digital verfügbar machen. Die digitale Semestermappe, im Ausland längst Normalität, ist in Deutschland verboten. Verlagsinteressen meint, den internationalen Anschluss, sondern auch die Chance Bildung jedem, unabhängig von einer Einschreibung zur Verfügung zu stellen. Mit der Behauptung, Creative Commons wären Netzkommunismus und Freibiermentalität, werden die wirtschaftlichen Aspekte dieser Lizenz im Keim ersticken und diskreditiert. Innovative Geschäftsmodelle und Startups der IT-Branche entstehen selten in Deutschland, denn spätestens, wenn sie erfolgreich werden, werden sie wegen Verstößen gegen das Urheberrecht verklagt. Youtube hätte in Deutschland niemals entstehen können.

Ein großartiges Projekt wie die Deutsche Digitale Bibliothek, das Pendant zu Europeana, leidet laut ihrer Bibliothekare am meisten unter eben jenem restriktiven Urheberrecht und den überlangen, längst nicht mehr praktikablen Schutzrechten.

DIGITALE AHNUNGSLOSIGKEIT

Schutzfristen führen in allen Bereichen zu kulturellem Verlust. Eine so dringende Regelung für verwaiste Werke wurde zu einer zusätzlichen Einnahmequelle für Verwertungsgesellschaften, anstatt generelle Freiheit zu ermöglichen. Freie, offene Lernformate sind international ein kreativer Bildungsmotor, nicht aber in Deutschland. Die Kultusminister haben noch nicht mal Machbarkeitsstudien in Auftrag gegeben, da die Schulbuchlobby und der Börsenverein des Buchhandels das Feld dominieren.

Äquivalent ist das Urheberrechts-Dilemma an den deutschen Unis. In Deutschland beteiligt sich keine einzige Uni am weltweit wachsenden Open-Courseware Consortium,

dessen Angebot mittlerweile den freien Zugang zu digitalisierten Vorlesungen von über hundert Universitäten umfasst. Und auch hier verpasst man mit einer instrumentalisierten Urheberrechtsdiskussion, die eigentlich nur

Entwicklung neuer, direkter Vertriebsmodelle im Netz unterstützen. Wir müssen dafür sorgen, dass das Urheberrecht im Internet unwichtig wird. Wir brauchen eine Kultur der offenen Bildung und ein Menschenbild, das auf ein faires Miteinander statt Restriktion baut.

Wir stehen für ein Menschenbild der Solidarität, Freiheit und Entfaltung, für das Recht auf Teilhabe an Bildung, Wissen und Kultur, denn Teilen ist das neue Haben!

INFORMATIONEN IM NETZ

Bruno Kramm

► <http://brunokramm.wordpress.com>

Urheberrecht - Position der Piraten:

► <http://piraten.in/d3>

Digitale Rechteverwaltung - Wiki:

► <http://piraten.in/d2>

Die GEMA und die Piratenpartei:

► <http://piraten.in/d4>

The OpenCourseWare Consortium:

► <http://www.ocwconsortium.org>

Creative Commons erklärt:

► <http://de.creativecommons.org>

Die ZEIT zum Leistungsschutzrecht:

► <http://piraten.in/d5>



Kandidaten aus Schleswig-Holstein

DR. HEIKO K. L. SCHULZE**VERKEHR, BAUEN UND WOHNEN,
LOBBYISMUS HINTERFRAGEN,
PARLAMENTARISMUS STÄRKEN**

Dr. Heiko K. L. Schulze
59 Jahre, aus Kiel
Denkmalpfleger
Listenplatz 1
Heiko.Schulze@piratenpartei-sh.de

OLIVER GRUBE**TECHNOLOGIE MIT MENSCHEN,
BEDINGUNGSLOSES
GRUNDEINKOMMEN**

Oliver Grube
43 Jahre, aus Henstedt-Ulzburg
Industriekaufmann
Listenplatz 2
Oliver.Grube@piratenpartei-sh.de

OLIVER SIPPEL**BÜRGERBETEILIGUNG, BEDINGUNGS-
LOSES GRUNDEINKOMMEN,
JUGEND / FAMILIE / BILDUNG**

Oliver Sippel
35 Jahre, aus Sylt
Discjockey
Listenplatz 3
Oliver.Sippel@piratenpartei-sh.de

BIRGITT PIEGRAS**LANDWIRTSCHAFT,
ZUSAMMENHÄNGE BETRACHTERN,
SOZIALER FRIEDEN**

Birgitt Piegras
55 Jahre, aus Klein Offenseth-Sparrieshoop
Industriekaufmann / Lepidopterologe
Listenplatz 4
Birgitt.Piegras@piratenpartei-sh.de

MARCEL LOUWERS**SOZIALPOLITIK,
GESUNDHEITS- UND
RENTENPOLITIK.**

Marcel Louwers
32 Jahre, aus Kiel
Student
Listenplatz 5
Marcel.Louwers@piratenpartei-sh.de

ANNE BURMEISTER**NEUER GESELLSCHAFTSVERTRAG,
STEUERUMGESTALTUNG,
MUT, TRÄUME ZU REALISIEREN**

Anne Burmeister
55 Jahre, aus Steinrade
Politikwissenschaftlerin
Listenplatz 6
Anne.Burmeister@piratenpartei-sh.de

**FÜR EINEN TAPETENWECHSEL
IN DEN PARLAMENTEN**

GRAFIK: @EWEOJO

MALTE CARSTEN SEIDLER**BILDUNG, TEILHABE,
GENERATIONENERECHTIGKEIT**

Malte Carsten Seidler
35 Jahre, aus Kiel
Designer und Fotograf
Listenplatz 7
Malte.Seidler@piratenpartei-sh.de

DIE BEMERKUNG AM RAND**»Abgeordnetenbestechung
in Deutschland (teil-)legal?«**

Bestechung von Abgeordneten ist in Deutschland seit 1994 strafbar und wird in § 108e des Strafgesetzbuchs geregelt.

Allerdings bezieht sich diese Regelung nur auf den direkten Kauf oder Verkauf einer Stimme. Daneben gibt es viele Methoden der indirekten Einflussnahme auf das Abstimmverhalten von Politikern, die bisher legal sind. So ist es Volksvertretern nicht verboten, Nebentätigkeiten anzunehmen, die viel Geld für wenig Leistung bringen – beispielsweise Berater- und Aufsichtsrats-

jobs oder hohe Vergütungen für Reden. Auf diese Weise ist es legal möglich, Zahlungen zu tarnen. Direkt nach einer politischen Laufbahn lukrative Jobs bei Firmen anzu treten, deren Branche dem vorherigen politischen Tätigkeitsbereich unterliegt, ist ebenso gängige Praxis.

Des Weiteren werden das Sponsoring von Parteiveranstaltungen, die Verquickung privater und wirtschaftlicher Interessen mit dem politischen Amt, die Vorteilsnahme aufgrund der politischen Position und viele andere Graubereiche im deutschen Recht gar nicht oder nur unzureichend abgebildet.

UN KONVENTION IGNORIERT

Im Jahr 2003 verabschiedeten die UN eine Konvention gegen Korruption, in der Abgeordnetenbestechung mehrere Artikel einnimmt und wesentlich detaillierter behandelt wird, als im aktuellen Strafgesetzbuch. 165 Staaten haben die Konvention bereits ratifiziert, aber Deutschland hat es bis heute nicht geschafft. Vorstöße einzelner Fraktionen wurden regelmäßig vertagt oder blockiert, zuletzt im Frühjahr 2013 durch die Koalition aus CDU/CSU und FDP. Nach zehn Jahren hat sich nichts getan.

Die Piratenpartei setzt sich seit Jahren für mehr Transparenz in der Politik und gegen Lobbyismus ein. Wir wollen, dass jeder interessierte Bürger erfahren kann, was durch wen und warum entschieden wird. Und wir wollen, dass endlich klar geregelt wird, was Abgeordnete dürfen und was sie zu lassen haben, um die vielen Grauzonen aufzulösen.

INFORMATIONEN IM NETZ**Wahlprogramm**

► <http://piraten.in/dg>

Kandidaten im Web:

► <http://www.kandidaten2013.de>

Abgeordnetenwatch:

► <http://www.abgeordnetenwatch.de>

Mehr Demokratie e.V.:

► <http://www.mehr-demokratie.de>

Transparency Deutschland

► <http://www.transparency.de>

Der Bundeswahlleiter informiert:

► <http://www.bundeswahlleiter.de>

Infoseite Deutscher Bundestag:

► <http://www.bundestag.de>

Bundeszentrale für politische Bildung:

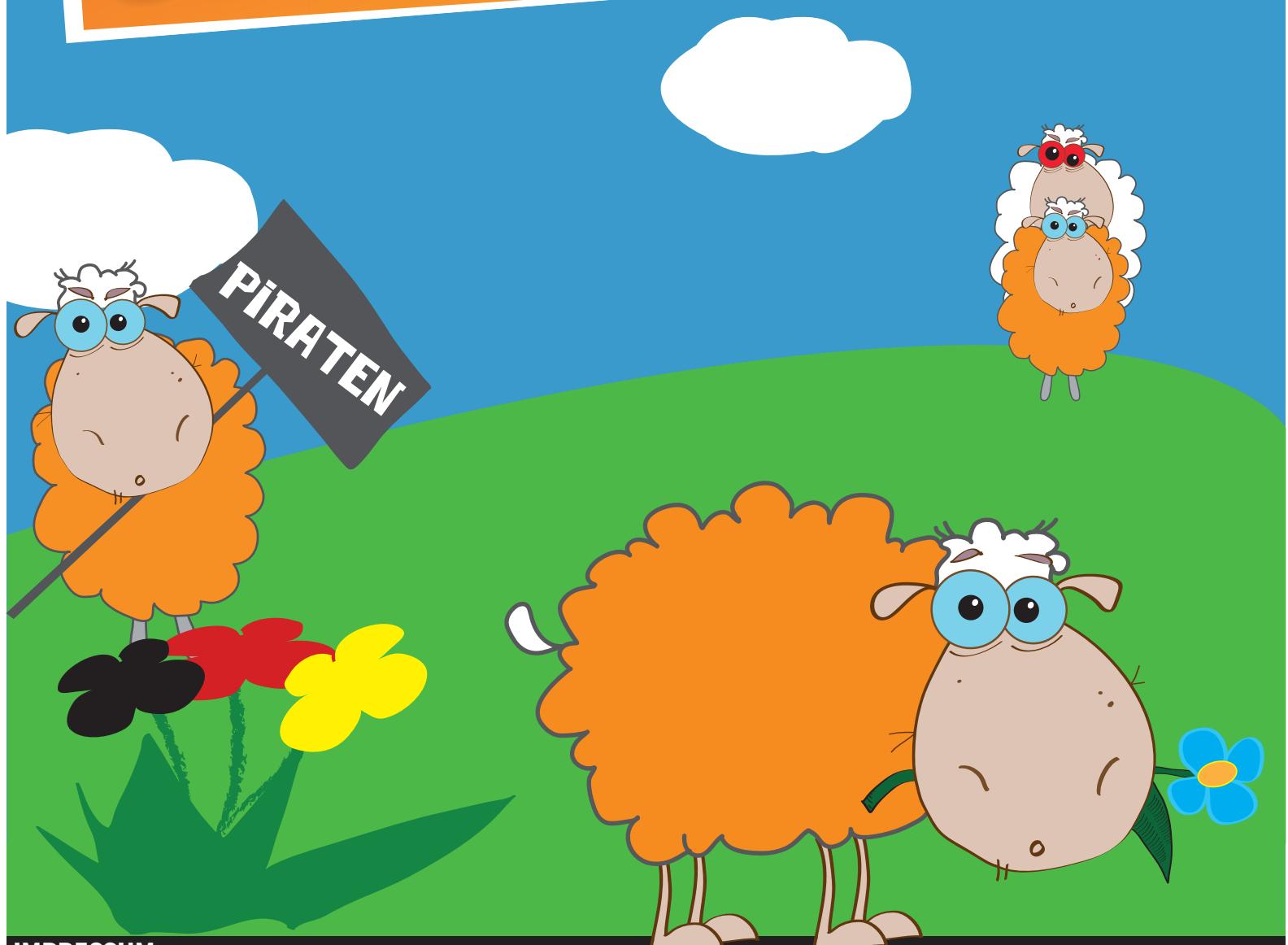
► <http://www.bpb.de>

Politik Digital - Der Verein:

► <http://politik-digital.de>

SEI KEIN SCHAF

GEH WÄHLEN

**IMPRESSUM****KAPERBRIEF**

Eine kostenfreie Publikation der Piratenpartei
1. Auflage 2013 | 30.000 Stück

Herausgeber

Piratenpartei Schleswig-Holstein
Ringstraße 58 | 24103 Kiel
Telefon: +49 (0)431 55 68 69 74
► www.piratenpartei-sh.de

V. i. S. d. P.: S. Stückelschweiger
vorstand@piratenpartei-sh.de

Ladungsfähige Anschrift
Piratenpartei Deutschland
Landesverband Schleswig-Holstein
Ringstr. 58 | 24103 Kiel

Alle durch die Redaktion erstellten Inhalte werden unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 veröffentlicht.

Jeder darf unter den Bedingungen dieser Lizenz Beiträge vervielfältigen, verarbeiten und öffentlich zugänglich machen.

www.creativecommons.org

© Die Rechte der Bilder liegen, soweit nicht anders angegeben, beim jeweiligen Urheber oder Rechteinhaber.